

---

Michael Hennes

## Die Banalität des Scheiterns

### Europas Versagen und der Golfkrieg

---

*Michael Hennes, geb. 1965 in Köln, Studium der Volkswirtschaftslehre und der Politischen Wissenschaften in Köln; zahlreiche Veröffentlichungen zur Außen- und Sicherheitspolitik. Lebte als freier Journalist in Berlin.*

---

Europa ist in ein Wechselbad der Gefühle getaucht, allenthalben herrscht Verwirrung. In einer Fernsehshow am 16. Januar wurde Verteidigungsminister Gerhard Stoltenberg gefragt, ob es denn jetzt Krieg geben werde. Der Minister antwortete wie ein Unbeteiligter: „Die Möglichkeit, daß es in den nächsten Tagen oder Wochen zu einer kriegerischen Eskalation kommt, besteht leider, nachdem ja alle Versuche, den irakischen Diktator für eine friedliche Lösung zu gewinnen, scheiterten.“<sup>1</sup> Die Politik verließ die Bühne, das Militär marschierte auf. Viele Bundesbürger rieben sich die Augen: War das noch die Welt von gestern? 1990, im Jahr der Wiedervereinigung, war der Kalte Krieg zu Ende gegangen. Eine Ära des Friedens sollte anbrechen. Und nun saß man mitten in einem heißen Krieg - am Fernsehschirm. Britische und französische Kampfflugzeuge bombardierten Kuwait und schließlich auch irakisches Gebiet; Deutschland fungierte als alliierte Nachschubbasis, zusammen mit Japan zugleich als Zahlmeister des Kriegs.

Würde es bei der Scheckbuchdiplomatie bleiben oder müßten deutsche Soldaten ebenfalls ins Gefecht ziehen? Bald schon diskutierte Bonn die Frage eines NATO-Bündnisfalles, wenn die Türkei vom irakischen Nachbarn angegriffen werde. Durfte es da überhaupt Diskussionen geben? Das Ausland horchte auf: Drohen die Deutschen mit einem Bündnisbruch? Einige Tage vor Ablauf des UNO-Ultimatums veröffentlichte das Fernsehmagazin „Monitor“

---

<sup>1</sup> Zit. nach Bundespresseamt (Hg.), Fernseh- und Hörfunkspiegel (FHS) II. Nr. 11/91, S. 1.

das Ergebnis einer Umfrage: Nur 16 Prozent der Bundesbürger befürworteten demnach eine militärische Aktion am Golf, 79 Prozent sprachen sich für weitere Verhandlungen aus. Fast die Hälfte der Bundesbürger hielt der deutschen und der europäischen Politik vor, sich nicht genügend für eine friedliche Lösung eingesetzt zu haben.<sup>2</sup> Die Deutschen schienen eine Art von Neutralität anzustreben, waren gegen den Krieg und erschienen dem Ausland als „Super-Beschwichtiger“. Der französische Publizist und Deutschlandkenner Alfred Grosser befürchtete schon einige Wochen zuvor, daß Deutschland „sich etwas zu sehr „verschweizert“ oder „verjapanisiert“ - Geschäfte ja, Verantwortung nein: ein Egoismus auf Kosten der Verbündeten.<sup>3</sup>

Tatsächlich ergab eine international beachtete Umfrage zum Jahreswechsel,<sup>4</sup> daß sich 40 Prozent der Deutschen als Zukunftsmodell für ihren wiedervereinten Staat die Schweiz wünschen; fast 30 Prozent kreuzten Schweden an - eine Zweidrittel-Mehrheit für Wohlstand in Neutralität also. Scheren die Deutschen aus der Verteidigungsgemeinschaft des Westens aus? Wie sieht es in der Nachbarschaft aus? Auch in Frankreich ermittelten Meinungsforschungsinstitute vor dem 15. Januar Mehrheiten von bis zu 80 Prozent gegen eine militärische Lösung der Golfkrise.<sup>5</sup> Nach dem 15. Januar schlug die Stimmung allerdings um. Spontan setzte eine psychologische Mobilisierung ein. Rund 70 Prozent der Bundesbürger befürworteten plötzlich die alliierte Kriegführung.<sup>6</sup> Offenbar unter dem Eindruck der hochzensierten Bilder vom spielerisch leichten und hygienisch reinen Luftkrieg, unter dem Eindruck einer Dauerberieselung mit der Unvermeidbarkeitsthese, stand sehr bald fest: Die diplomatischen Möglichkeiten waren ausgeschöpft, Saddam Hussein war der neue Hitler - es blieb nur noch der Krieg.

Als sich am 26. Januar 200.000 Menschen auf der Bonner Hofgartenwiese versammelten, schien es sich um eine Minderheitsströmung in der Bevölkerung zu handeln. In seiner Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag hatte Helmut Kohl am 14. Januar beteuert, „bilateral und gemeinsam mit unseren Partnern in der EG alles in unseren Kräften stehende getan (zu haben), um diese letzte Konsequenz zu verhindern.“<sup>7</sup> Wenn der Krieg nicht mehr zu verhindern war, mußte Bündnissolidarität gezeigt werden. Kein verantwortlicher Politiker

---

2 Dok. in: FHS I. Nr. 11/91, S. 5.

3 Interview mit dem Deutschlandfunk vom 13.9.90, dok. in: Bundespresseamt. Kommentarübersicht II. Nr. 176/90, S. 7.

4 Zit. bei: D. Marsh, Today's Germans: peaceable, fearful -and green, in: Financial Times (FT) 4.1.91; M. Fisher, In Germany: The Middle East War Opens a Gulf Between Bonn and Washington, in: International Herald Tribune (IHT) 28.1.91.

5 Vgl. etwa P. Jacobson, Paris sounds Arab opinion in last ditch peace-drive, in: The Times (TT) 14.1.91.

6 77 Prozent nach Wickelt, vgl. TT 19.1. 91; eine Woche darauf 70 Prozent nach Wickelt, vgl. Süddeutsche Zeitung (SZ 25.1.91); etwa zur selben Zeit nach Forschungsgruppe Wahlen 75 Prozent (SZ 29.1.91) und nach Emnid 66 Prozent, laut Der Spiegel 5/91, S. 32.

darf sich einer solchen Konsequenz entziehen. Ansonsten bringt er sich selbst um den Schutz des eigenen Bündnisses. Aber was lag vor der Konsequenz? „Ein Krieg hätte verhindert werden können“, behauptete Zbigniew Brzezinski. Der Sicherheitsberater des ehemaligen US-Präsi-

dentem Jimmy Carter sagte, der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen habe zu wenig Spielraum für Verhandlungen gelassen, Washington habe sich nicht wirklich um eine diplomatische Lösung bemüht, und die Europäer hätten bis zum letzten Moment gewartet.<sup>8</sup> Am Golf zeichnete sich derweil eine Katastrophe ab. Hätte sie verhindert werden können?

### **Resolution zum Krieg?**

In ihrer alten Tradition atlantischer Geschlossenheit folgte die europäische Politik bis Ende November dem amerikanischen Führungsanspruch. Sanktionen sollten den Irak zur Aufgabe zwingen, die Truppen am Golf eine weitere Aggression, etwa gegen Saudi-Arabien, verhindern. Als Washington wegen der „Irakisierung“ Kuwaits von der gemeinsamen Embargostrategie der UNO insgeheim abgerückt war, beschloß der UN-Sicherheitsrat am 29. November die entscheidende Resolution 678: Der Irak solle sich „bedingungslos“ aus Kuwait zurückziehen. Die Mitgliedstaaten der UNO wurden ermächtigt, ab dem 15. Januar zur Durchsetzung des irakischen Rückzugs „alle erforderlichen Mittel einsetzen zu dürfen“. Es gelte, „international Frieden und Stabilität wiederherzustellen“.<sup>9</sup> China, seit dem Massaker auf dem Tiannanmen-Platz um Rehabilitierung bemüht, enthielt sich - trotz anfänglicher Ablehnung der Resolution - der Stimme.

Mit der Resolution 678 schmolz die Zeit für eine diplomatische Lösung der Golfkrise auf anderthalb Monate zusammen. Kennern war völlig klar, daß militärische Gründe einen späteren Termin nicht zuließen:<sup>10</sup> Die Nächte vom 17. bis zum 20. Januar würden mondlos sein und sich deshalb vorzüglich für massive Luftbombardements eignen. Anschließend würde bis Mitte Februar genug Zeit bleiben, um einen militärischen Sieg gegen den Irak zu erringen. Ab der zweiten Februarhälfte würden sich nämlich die Bedingungen für große Operationen erheblich verschlechtern. Den dann auf der arabischen Halbinsel einsetzenden Sandstürmen folgt der heilige Fastenmonat Ramadan, an den sich die Pilgerzüge nach Mekka anschließen; dann folgt der heiße Sommer. Militärische Erfordernisse hatten der Diplomatie den Kalender diktiert. Sollte der Krieg unvermeidlich sein, so glaubten die Alliierten, würden sie dank überlegener Technologie und eines konzertierten Zusammenspiels untereinander leichtes Spiel mit dem Irak haben. Am 4. Dezember erklärte der britische Verteidigungsminister Tom King vor dem Unterhaus in London: „Ein Golfkrieg

---

8 Interview in: Der Spiegel 4/91, S. 124.

9 Zit. nach Neue Zürcher Zeitung, 1.12.90.

10 Siehe etwa die Lageberichte von: P. Strothard, Washington hawks fear deal as they count days to war, TT 4.12. 90; K. Feldmeyer, Die Kräfte, der Raum und die Zeit, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) 11.1.91.

wird zu einem kurzen, schnellen und scharfen Sieg der Alliierten führen.“<sup>11</sup>

Gegen Saddam Hussein wurde ein Präventivkrieg begonnen, der *vielleicht* notwendig war. In einem „Spiegel“-Essay argumentierte Hans Magnus

---

11 Zit. nach N. Wood, King promises short, sharp victory if Gulf war comes, TT 5.12.90.

Enzensberger, der Diktator von Bagdad sei wie Hitler ein krankhafter Narziß, welcher mit zielgerichteter Energie sein Volk und sich in den Tod treibe. Die arabischen Massen folgten ihrem Führer in diesem „Todeswunsch“, Krieg sei folglich unausweichlich.<sup>12</sup> Darf die Politik aufgrund einer psychologischen Spekulation eine ganze Region verwüsten? Dieser möglicherweise wirklich notwendige Krieg lag nicht in der Absicht der Europäer. Der europäisch-amerikanische Konflikt nach dem 15. Januar nahm hier seinen Ausgang. Die ultimative Form der Resolution 678 konnte nur angesichts Washingtons Versprechen auf diplomatische Bemühungen gefaßt werden: Gerade 24 Stunden nach der Sitzung des Sicherheitsrates versprach US-Präsident George Bush, in den direkten Kontakt mit Saddam Hussein einzutreten. Den Anfang sollte ein baldiges Gespräch der beiden Außenminister in Washington machen. Bagdad, nach der UNO-Resolution erstmals seiner internationalen Isolation wirklich bewußt, erklärte in einem anonym abgefaßten Kommuniqué sogleich sein Einverständnis. Voraussetzung sei aber, daß das amerikanische Angebot einen echten Dialog ermögliche und nicht bloß als Kriegsvorwand diene. Schließlich sprach das Kommuniqué noch das Palästinenserproblem an. Eine diplomatische Lösung der Golfkrise wäre mit hoher Wahrscheinlichkeit möglich gewesen, wenn der irakische Rückzug ernsthaft mit einer Lösung des Problems der israelischen Besetzungen in Palästina verknüpft worden wäre. Erfolgreiches Krisenmanagement erfordert Kompromißbereitschaft und ein Vorgehen, bei dem alle Seiten ihr Gesicht wahren können.

### **Chance zum Frieden**

Es war der französische Präsident François Mitterand, der am 25. September vor der UNO-Vollversammlung einen irakischen Rückzug mit der Einberufung einer Friedenskonferenz für den Nahen Osten verknüpft hatte. Der irakische Diktator selber hatte diesen Ausweg schon Mitte August in einer Rede nahegelegt. Zu einer offiziellen Initiative nach Mitterands Vorstoß war es aber nicht gekommen, weil der französische Alleingang im Westen abgestimmt werden mußte. Im November hatte sich die Politik erst einmal auf die schrittweise Freilassung der vom Irak festgehaltenen Geiseln konzentriert. Anfang Dezember verlautete nun auch aus Paris und Moskau, die Außenminister Roland Dumas und Eduard Schewardnadse wollten zu Gesprächen nach Bagdad fliegen. Es begann ein Störfeuer aus London. Der britische Außenminister Douglas Hurd verhinderte einen weiteren Alleingang Frankreichs und setzte im Außenministerrat der EG den Beschluß durch, daß es nur eine offizielle Mission des amtierenden Ratspräsidenten Gianni de

---

12 H. M. Enzensberger, Hitlers Wiedergänger, in: Der Spiegel 6/91, S. 26-28.

Michelis geben dürfe.<sup>13</sup> Der irakische Außenminister Tarek Asis sollte auf dem Rückflug von Washington eine Zwischenlandung in Rom einlegen. Was Hurd soviel Einfluß sicherte, war der Grundsatz, daß die EG nach den Spielregeln ihrer Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) gemeinsame Positionen nur auf Konsensbasis vertreten kann.

---

<sup>13</sup> Vgl FAZ 4.12.90.

Die Verknüpfung mit dem Palästina-Problem war zu diesem Zeitpunkt völlig eindeutig. Am 6. Dezember 1990 faßte die UNO-Vollversammlung in New York einen wichtigen Grundsatzbeschluss: Israel solle sich aus den seit dem Sechstagekrieg von 1967 besetzt gehaltenen Gebieten zurückziehen. Parallel werde eine Nahostkonferenz unter UNO-Schirmherrschaft einberufen. Unter den 151 Ja-Stimmen befanden sich die Sowjetunion, China und die EG-Staaten, unter den 3 Nein-Stimmen Israel und die USA. Eine solche Konferenz war in der Vergangenheit stets am US-Veto im Sicherheitsrat gescheitert, nun sollte er sich wieder damit befassen - ein Ausweg für Saddam Hussein.

Bagdad entschloß sich zu einer Geste seines Willens zur Verständigung - eine für wahrhaft „Todgetriebene“ eher unwahrscheinliche Vorgehensweise. (Hat Hitler nach der Eroberung Polens irgendwelche Zugeständnisse gemacht?) Saddam verfügte kurzerhand die Freilassung aller noch festgehaltenen Geiseln. Hinsichtlich des amerikanischen Gesprächsangebotes war auch in Washington klar,<sup>14</sup> wie viel Bedeutung Bagdad den Beratungen im Sicherheitsrat zumessen würde. US-Präsident George Bush und sein Außenminister James Baker erklärten stattdessen übereinstimmend, daß es keine Konzessionen geben werde, ehe Kuwait geräumt sei. Washington blieb hart und drohte mit seinem Veto im Sicherheitsrat. Wollten die britischen und französischen Vertreter im Rat einen solchen Schritt verhindern, mußten sie kooperieren. Doch Londons Störfeuer wurde fortgesetzt.

### **Europas Zögern**

Anfang Dezember 1990 arbeiteten nur noch die Vereinigten Staaten offen gegen eine Verknüpfung von irakischem Rückzug und der Einberufung einer Nahostkonferenz. Bagdad beging in dieser Situation amerikanischer Selbstisolierung einen schweren Fehler: Die irakische Nachrichtenagentur INA verbreitete am 10. Dezember eine Erklärung, daß es vor dem 12. Januar kein Gespräch mit Washington geben könne; Kuwait sei die 19. Provinz des Irak. George Bush spielte den Ball zurück und forderte den Diktator von Bagdad ultimativ zu Gesprächen bis zum 3. Januar auf. Danach werde die Tür zugeschlagen. Wollte Saddam Hussein, der vom Tod Getriebene, zu diesem Zeitpunkt bereits Krieg?

Wohl nicht. Offenbar hatte er gehofft, die internationale Allianz gegen den Irak spalten und von den Europäern weitere Zugeständnisse erlangen zu können. Der EG bot Außenminister Asis jedenfalls weiterhin an, in der Vorweihnachtswoche zu Gesprächen mit

---

14 F. Wirth, Bush bleibt bei Politik der Härte gegen Saddam, in: Die Welt (DW) 8.12.90.

Ratspräsident de Michelis nach Rom zu kommen. Hierzu herrschte zumindest in Paris und Bonn keine Abneigung. Doch wäre das ein Affront gegenüber Washington gewesen, und so entschied sich der Ministerrat der EG am 15. Dezember 1990 in Rom unter dem Druck des britischen Außenministers Hurd, des Ratspräsidenten de Michelis und des belgischen Außenministers Mark Eyskens gegen Gespräche,<sup>15</sup> ehe nicht der

---

<sup>15</sup> Vgl. IHT 18.12.90.

Kontakt zwischen Bagdad und Washington aufgenommen sei. Trotz der offensichtlichen Unnachgiebigkeit der amerikanischen Position hatten die Europäer Saddam Hussein an das Weiße Haus verwiesen.

In einem entscheidenden Augenblick ordnete sich die EG ohne wirkliche Not der amerikanischen Führung unter, obschon sie die Position Washingtons nicht teilte. Die Zeit arbeitete derweil gegen die Diplomatie. In dem Kommuniqué der Tagung von Rom sprachen die europäischen Staats- und Regierungschefs zurückhaltend von der „Verantwortung“ Bagdads, durch Erfüllung der UNO-Resolutionen „den Frieden für das irakische Volk zu bewahren“.<sup>16</sup> Eine eigene Initiative unterblieb. Washington suchte weiter die Abstimmung mit den europäischen Verbündeten und schlug deshalb die Tür für Bagdad nicht zu. Zwei Tage nach dem abwartenden Kommuniqué der EG gestand Präsident Bush zu, daß Gespräche mit Bagdad auch kurz nach dem 3. Januar noch stattfinden könnten. Am folgenden Tag trafen die europäischen Außenminister mit James Baker in Brüssel auf der Ministertagung der NATO zusammen: Die Türkei erbat direktere militärische Unterstützung der Verbündeten zum Schutz vor einem eventuellen Angriff des Irak. Einen solchen Angriff fürchtete freilich niemand. Warum sollte der Irak gegen die NATO Krieg führen und sich damit endgültig dem Untergang weihen? Im Rahmen einer multinationalen Einheit der NATO-Staaten schickte die Bundesregierung 18 Jagdflugzeuge vom Typ „Alpha-Jet“, ein rein symbolisches Kontingent, das für jedes realistische Kriegsszenario völlig bedeutungslos sein würde. Auf Grundlage der UNO-Resolution 678 gelang es Washington aber, die europäischen Außenminister zu einer erheblich schärferen Erklärung als noch in Rom zu bewegen: „Der vollständige Rückzug des Irak aus Kuwait und die Wiederherstellung der Souveränität sowie die Wiedereinsetzung der rechtmäßigen Regierung Kuwaits sind nach wie vor unabdingbare Voraussetzungen für eine friedliche Lösung. Es kann keine Teillösungen geben.“<sup>17</sup> Keine Chance für ein linkage?

### **Der transatlantische Bruch**

Statt der erhofften Nahostkonferenz erhielt Bagdad Signale militärischer Entschlossenheit. Auf der NATO-Tagung hatte sich endgültig offenbart, daß eine transatlantische Initiative nicht hinter die kompromißlose Form der Resolution 678 zurückgehen würde. Ein US-Veto gegen die Nahostkonferenz konnte am 20. Dezember 1990 im Sicherheitsrat nur durch eine „nichtbindende Erklärung“ vermieden werden, die vage eine Nahostkonferenz zu

---

<sup>16</sup> Dok. in: BT 149/90, S. 1557.

<sup>17</sup> Dok. in: ebd., S. 1540.

---

angemessener Zeit befürwortete. Der transatlantische Bruch lag offen zu Tage. Wollten die Europäer eine Katastrophe am Golf verhindern, mußten sie jetzt eigenständig handeln. De Michelis forderte, die EG solle eine eigene Initiative starten, wenn man nicht bis Ende des Jahres einen direkten Kontakt zwischen Bagdad und Washington vereinbart habe. Frankreich hatte über die PLO erste eigene Kontakte geknüpft.<sup>18</sup>

---

<sup>18</sup> Nach Frankfurter Rundschau, FAZ 21.12.90; DW, 22.12.90.

Über Weihnachten holte Außenminister Asis seine Botschafter nach Bagdad zurück und sandte sie am 27. Dezember 1990 mit der Order aus, international Gesprächsbereitschaft zu zeigen und einmal mehr auf die Initiative vom August, die Verknüpfung mit einer Nahostkonferenz, hinzuweisen. Nach einem dringenden Brief von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher wurde die EG-Sondersitzung über eine Golfinitiative auf den 4. Januar 1991 vorverlegt. Der irakische Außenminister bekräftigte gegenüber seinem jugoslawischen Amtskollegen Loncar, über die Golfkrise könne nur in Verbindung mit dem Palästinenserproblem verhandelt werden.<sup>19</sup> Sofort nach Neujahr sagte der luxemburgische Außenminister Jacques Poos, er rechne mit einer offiziellen Mission der EG nach Bagdad. Am folgenden Tag aber lud George Bush wie versprochen den irakischen Außenminister zu einem letzten Gespräch nach Genf ein. Französische Regierungsvertreter äußerten vor der Presse, daß eine starke Opposition in Bagdad den Diktator zum Rückzug überreden wolle. Nach Gesprächen in Paris zeigte sich auch der neue EG-Ratspräsident Jacques Poos davon überzeugt, daß Saddam Hussein „seine Koffer in letzter Minute packt“.<sup>20</sup>

Washington drehte auf Konfliktkurs. George Bush wies auf die irakische Aufrüstung hin: „Und wenn wir nicht heute etwas dagegen tun, werden wir morgen einen viel größeren Preis bezahlen müssen. Ich bin absolut fest hierin.“<sup>21</sup> In deutlichem Widerspruch dazu hielt Genscher es „für unverzichtbar, daß die Europäer in einer so gefährlichen Lage alle Anstrengungen unternehmen, um den Frieden zu wahren“.<sup>22</sup> Am 4. Januar 1991 nahm Iraks Außenminister Asis die amerikanische Einladung nach Genf an. Er zog dabei eine Verbindung zwischen der Golfkrise und der Situation der Palästinenser. Sofort offerierte die EG ein weiteres Gespräch in Luxemburg; intern legte die französische Delegation ihren erst später veröffentlichten Sechs-Punkte-Plan vor. Sein wichtigstes Element war die Verknüpfung des irakischen Rückzugs mit einer Nahostkonferenz. Unter Berufung auf die „nichtbindende Erklärung“ der UNO hätte die EG nun eine eigene Friedensofferte unterbreitet und Washington dabei vor die Wahl stellen können: Kompromiß oder Isolation.

Vor der Presse erklärte Mitterand in Richtung Washington: „Ich befürworte keinen Präventivkrieg. Frankreich hält sich selbst nicht für den Weltpolizisten.“<sup>23</sup> Ratspräsident Poos plädierte für ein linkage: „Also Irak muß Kuwait bis zum 15. Januar vollständig

---

19 Vgl. Bonner General-Anzeiger, 28.12.90; FAZ 31.12.90.

20 M. Walker u.a., US climbs down on Gulf talks, in: The Guardian (TG) 4.1.91.

21 Dok. in: U.S. Policy Information and Texts (USPI) Nr. 2/91, S. 13.

22 Zit. nach FHS I. 3/91, S. 1.

23 Zit. nach IHT 5.1.91.

---

räumen, ehe dann ... ein Dialog über offene Fragen des Nahen Ostens ansteht.“<sup>24</sup> George Bush hielt dagegen „Jeder Tag, der vergeht, bringt Saddam Hussein weiter auf dem Weg, biologische und nukleare Waffen zu entwickeln, und die Raketen zu ihrem Einsatz.“<sup>25</sup>

---

24 Fernsehinterview vom 5.1.91, dok. in: FHS I. 4/91, S 23.

25 Dok. in: USPI 4/91, S. 9.

In einer Botschaft an die Verbündeten unterstrich der amerikanische Präsident am 8. Januar 1991 noch einmal kategorisch, jetzt müsse gegen die wachsende Stärke des Saddam Hussein vorgegangen werden. „Und das ist es, warum wir einfach nichts Geringeres akzeptieren können als die volle Beachtung der UN-Diktate: Iraks vollständigen und bedingungslosen Rückzug aus Kuwait.“<sup>26</sup> Als Außenminister Baker daraufhin seine Gespräche in Paris und Bonn beendet hatte, wurden die Differenzen an beiden Orten hinter dünnen Erklärungen versteckt. Die Bundesregierung sagte Finanzhilfen für das alliierte Engagement am Golf über die bereits versprochenen 3,3 Mrd. DM hinaus.

### **Der europäische Bruch**

Großbritannien opferte die EPZ für seine „special relationship“ mit Washington. Hier liegt der eigentliche Grund für die erkennbare Skepsis in Paris und Bonn nach dem Kriegsbeginn am Golf. Zeitpunkt und Art der alliierten Angriffe waren eine angloamerikanische Wahl. Sollte es Krieg am Golf geben, hatte Verteidigungsminister King bereits einen leichten Waffengang versprochen. Während die EG ihre diplomatische Initiative vorbereitete, hatte Premierminister John Major schon am 21. Dezember 1990 demonstrativ George Bush in dessen Ferienhaus Camp David aufgesucht. „Es kann keinen Kompromiß geben“, unterstrich Major. Präsident Bush drohte bei der Gelegenheit, im Kriegsfall werde Saddam Hussein „der Hintern versohlt“.<sup>27</sup> London hatte zuerst den europäischen Alleingang verhindert und anschließend Schulterschluß mit Washington demonstriert.

Die Europäer präsentierten sich im Stile einer zerstrittenen Herrenrunde. Als der irakische Außenminister am 6. Januar 1991 die amerikanische Einladung nach Genf annahm, die europäische aber ausschlug, hätte nur noch die einseitige Initiative des Ministerrats eine Wende bringen können. Die europäischen Außenminister blieben passiv, bedauerten die irakische Ablehnung, hielten ihr Gesprächsangebot jedoch offen. Beim Dreikönigstreffen der FDP warnte Genscher inzwischen vor der Automatik des Krieges. Alles müsse getan werden, „um der Diplomatie ihre Chance zu geben“. Später erläuterte er: „Wer nicht schießen will, muß reden. Wir wollen reden.“<sup>28</sup>

Früher als ursprünglich vorgesehen, besuchte James Baker die europäischen Hauptstädte, um nach eigenem Anspruch „sicherzustellen, daß sie (die Koalition gegen

---

26 Dok. in: USPI 5/91, S. 16.

27 DW 22.12.90.

28 SZ 7.1.91.

---

den Irak) fest bleibt“.<sup>29</sup> In London gelandet, trat Baker mit seinem britischen Amtskollegen Hurd vor die Presse. Douglas Hurd verkündete, daß er sich mit Baker in der Golfkrise „in identischen Positionen“ befinde. Der US-Außenminister stellte daraufhin klar, daß es mit Asis in Genf keine Verhandlungen, sondern nur „Kommunikation“ geben könne. Jegliche

---

29 Pressekonferenz auf dem Flug nach London, 7.1.91, dok. in: USPI 4/91, S. 9.

Verknüpfung eines irakischen Rückzugs mit anderen Fragen sei unannehmbar.<sup>30</sup> Premierminister Major faßte für Saddam Hussein in dritter Person unmißverständlich zusammen: „Die Position ist vollkommen klar. Er hat sich zurückzuziehen. Er hat sich total, vollständig und schnellstmöglich zurückzuziehen. Hierüber kann es keinen Kompromiß geben.“<sup>31</sup> Eine Initiative der EG war damit endgültig blockiert. Innerhalb des Ministerrats lehnten Briten und Niederländer hartnäckig ein linkage ab.<sup>32</sup> Die auf deutsches und französisches Drängen in letzter Minute einberufene Sondersitzung endete ohne Einigung.

Als Außenminister Asis auf die europäische Einladung zu Gesprächen nach dem Genfer Fehlschlag verzichtete, begründete er dies mit der „Demütigung“, die Europa dem Irak durch die Ausladung vom Dezember zugefügt habe. Fortan werde nur noch mit arabischen Regierungen gesprochen. Wenn überhaupt, konnte eine Friedenslösung mit Bagdad jetzt allein in offener Opposition gegen London und Washington erfolgen. Am 7. Januar 1991 war Mitterands Berater Michel Vauzelle, der fünf Stunden lang mit dem irakischen Diktator konferiert hatte, aus Bagdad zurückgekehrt. Der Presse zufolge bereitete Paris eine neue Initiative vor. Es wurde sogar berichtet, der Irak habe ein neues Angebot zu Gesprächen mit der EG in Algier unter Beisein des algerischen Außenministers Sid Ahmed Ghozali „scheinbar akzeptiert“.<sup>33</sup>

Auf eine letzte Initiative konnte sich die EG nicht verständigen, weil Briten und Niederländer ein linkage ablehnten. Als Verhandlungspartner wurde zu diesem Zeitpunkt in Bagdad wohl auch nur noch George Bush selber akzeptiert, gegen den Saddam Hussein nun seine wüsten Drohungen richtete. Entgegen verschiedener Hinweise verzichtete der französische Außenminister Roland Dumas auf eine Reise nach Bagdad in letzter Minute: er sehe keine Möglichkeiten mehr. Die Parlamente autorisierten derweil ihre Regierungen zum Kriegseinsatz. Nirgendwo gab es so viele Gegenstimmen wie im US-Kongreß.<sup>34</sup> Im Stile einer Alibiaktion legte Frankreich am 15. Januar dem UN-Sicherheitsrat in New York seinen Sechs-Punkte-Plan vor, der dem Irak ein linkage offerierte. Großbritannien und die Vereinigten Staaten legten ihr angekündigtes Veto ein. In einer Erklärung vor dem Deutschen Bundestag hatte Bundeskanzler Helmut Kohl am Tag zuvor konstatiert: „Die irakische Seite versucht, die Kuwaitfrage mit anderen Problemen der Region, insbesondere mit der Palästinenserfrage, zu verknüpfen. Dies haben wir - zusammen mit

---

30 Zit. nach ebd., S. 17f.

31 Zit. nach R. Mauthner u.a., US, Britain stand firm on deadline, FT 8.1.91; H. Pick, No extension of Gulf deal, TG 8.1.91.

32 Vgl. G. Brock, French desire to link Palestine issue shows up faultline in EC, TT 11.1.91.

33 Vgl. D. Buchan, Iraq „accepts“ EC offer to hold talks in Algiers, FT 10.1.91.

---

unseren Partnern und Verbündeten - zurückgewiesen.“<sup>35</sup> Daß diese Zurückweisung gegen den Willen in Paris, Bonn und einigen anderen Hauptstädten Europas erfolgt war, verschwieg der Kanzler. Ansonsten hatte er den banalen

---

34 Die Ermächtigung des Präsidenten zum Krieg konnte nur mit 52 gegen 47 Stimmen im Senat und mit 250 gegen 183 Stimmen im Repräsentantenhaus gefaßt werden.

35 Anm. 7.

Grund, warum die Diplomatie scheiterte, exakt getroffen: weil der irakische Versuch eines linkage zurückgewiesen worden war.

### **Im Krieg**

Mit der Annektion Kuwaits durch den Irak hatte der Golfkrieg seine legale Grundlage. Daß er jedoch am 16. Januar ausbrach, war eine rein angloamerikanische Entscheidung. Möglichkeiten einer friedlichen Lösung existierten, aber die politische Vernunft hatte sich verabschiedet. Mit der Kriegsentscheidung schlossen sich dann die Reihen. Als ihn die Nationalversammlung gegen eine linksstehende Minderheit der eigenen Partei zum Krieg autorisiert hatte, verkündete auch Frankreichs Präsident Mitterand Solidarität: „Jetzt werden die Waffen sprechen.“ Die damalige britische Premierministerin Margaret Thatcher hatte George Bush schon im August angekündigt, Frankreich werde Probleme machen, aber am Ende geschlossen hinter den Verbündeten stehen.<sup>36</sup>

In einer Fernsehansprache vom 16. Januar 1991 bekräftigte Präsident Bush einmal mehr, daß das Kriegsziel nicht nur der irakische Rückzug, sondern ebenso die Zerstörung des Militärpotentials von Saddam Hussein sein werde. Erstmals äußerte auch der britische Außenminister offen, Krieg sei der einzige Weg, um nicht „der irakischen Kriegsmaschine grünes Licht zu geben, in der nahen Zukunft noch größere Zerstörung über die Region zu bringen“.<sup>37</sup> Ende Januar trat der französische Verteidigungsminister Jean-Pierre Chevènement von seinem Amt zurück, da das Bombardement des Irak nicht mehr von den UNO-Resolutionen gedeckt sei. Daß Entwaffnung und Sturz von Saddam Hussein nicht in einem Handstreich zu erreichen sind, zeigte sich von Tag zu Tag deutlicher.

Im Unterhaus hatte Douglas Hurd inzwischen kritisiert, die Europäer unterstützten den amerikanischen Verbündeten zu wenig. „Das kann lange nachwirken.“<sup>38</sup> Vor allem die Bundesrepublik geriet wegen ihrer offenen Skepsis gegenüber dem Krieg am Golf ins internationale Kreuzfeuer. Japan hatte prompt zusätzliche Hilfen in Höhe von 9 Mrd. Dollar zugesagt. Angesichts der unerwartet schwierigen Aufgabe am Golf forderte das Ausland die offene Unterstützung Bonns. Schnell sagte die Bundesregierung eine Aufstockung der Finanzhilfe auf insgesamt 13,6 Mrd. DM zu. Bei seinem Bonner Besuch legte Hurd fest, die Deutschen dürften sich nur noch vorübergehend auf die Rolle des Zahlmeisters beschränken, um nach einer Grundgesetzänderung „eine volle Rolle bei der kollektiven

---

36 Nach M. S. Serrill, Closing Ranks Behind the Yanks, in: Time Nr. 4/91, S. 29.

37 D. Hurd, We Did Not Want This War but Could Not Avoid It, IHT 18.1.91.

38 Zit. nach W. Münster, Plane für die Nachkriegszeit, SZ 18.1.91.

---

Sicherheit zu übernehmen“.<sup>39</sup> Beim Rückflug nach London hatte Hurd ein Versprechen auf zusätzlich 800 Mio. DM Finanzhilfe für Londons Golfoperationen im Gepäck.

---

<sup>39</sup> Interview in: FAZ 31.1.91.

Amerika glaubt sich in seiner Führungsrolle durch den Krieg am Golf gestärkt. Henry Kissinger schrieb, Washingtons Entmachtung des Saddam Hussein werde die arabischen Staaten zu Dank gegenüber dem Westen verpflichten und so eine einvernehmliche Lösung für die ganze Region ermöglichen.<sup>40</sup> In seiner ideologischen „Rede zur Lage der Nation“ sah George Bush am 29. Januar mit dem Golfkrieg „eine große Idee: eine neue Weltordnung“ gekommen, die in „das nächste amerikanische Jahrhundert“ überleite.<sup>41</sup> Die Nachrichten von einem neuen Rekorddefizit des US-Bundshaushalts in Höhe von 318 Mrd. Dollar und von der wachsenden Opposition der arabischen Welt gegen den Krieg am Golf widerlegten Amerikas Zweckoptimismus umgehend. Dieser Krieg wird nichts als Zerstörung hinterlassen.

Die europäische Einigung steckt derweil in einer tiefen Krise. Schon am 22. Januar 1991 kündigte Premierminister John Major vor dem Unterhaus in London seine Opposition gegen die Politische Union der EG an. Die Differenzen in der Golfpolitik hätten gezeigt, daß „Europa hierzu offensichtlich unreif ist“.<sup>42</sup> Anfang Februar lehnten Briten und Niederländer auf der Ministerratssitzung in Brüssel das deutsch-französische Vorhaben einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik ab. Als Grund nannten die Außenminister Douglas Hurd und Hans Van Den Broek, daß die Politische Union einen Keil zwischen Amerika und Europa treiben würde.<sup>43</sup> Der von US-Außenminister James Baker im Dezember 1989 ausgerufene „Neue Atlantizismus“ trägt jetzt seine Früchte. Bonn warnte die Bevölkerung heftig vor einem „neuen Anti-Amerikanismus“, Willy Brandt und Björn Engholm sogar in einem gewissen Widerspruch zur eigenen Partei. Angesichts der neuen Instabilität in Europa sieht auch Gerhard Stoltenberg die bleibende Notwendigkeit einer starken NATO.<sup>44</sup> Jeder größere Krieg zerstört alte Strukturen. Das erste Opfer des Golfkriegs war die EG. Man wird sehen, was von ihr übrig bleibt.

---

40 H. A. Kissinger, A Postwar Agenda, in: Newsweek 28.1.91, S. 26-29. Kissinger, der seit 1989 wiederholt Bushs Politik in Aufsätzen vorweggenommen hat, gehörte interessanterweise zu den „Falken des August“. Ab Mitte August 1990 forderten einflußreiche Stimmen in Washington einen Präventivkrieg gegen Saddam Husseins wachsende Militärstärke, vgl. etwa ders., Bush Has Crossed a Rubicon in the Saudi Sands, IHT 20.8.90.

41 Dok. in: USPI 17/91, S. 17-25.

42 Zit. nach I. Dawnay, Major sceptical of united EC goal, FT 23.1.91.

43 Vgl. W. Münster, London lehnt deutsch-französischen Plan ab, SZ 6.2.91.

44 Interview nach: D. Marsh, Stoltenberg sees need for strong NATO, FT 31.1.91.